

Sohrauer Stadtblatt.

Ämtliches Publikations-Organ der Behörden von Sohrau D.-S., sowie der Vereine.
Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Erscheinung
wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend
Bezugspreis: Vierteljährlich 1 Mk am Orte 4,00 Mk.
bei allen Postämtern 4,50 Mk.

Druck und Verlag:
V. Hunsold's Stabdruckerei, Sohrau D.S.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunsold.

Kunztelligen-Preis:
für die einseitige Zeitzeile ober deren Raum 50 Pf.
Inseraten-Nachnahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem
Erscheinungstage.

№. 92.

Freitag, 20. Nov.

Sonntag, den 20. November 1920.

Freitag, 20. Nov.

42. Jahrg.

Wieder Friede mit 20 Staaten.

Der deutschen Regierung ist nunmehr die amtliche Mitteilung der französischen Regierung über die in Paris erfolgte Niederlegung der Ratifikationsurkunde zum Versailler Friedensvertrag durch Rumänien zugegangen. Der Friedensvertrag ist demgemäß in seinen Schlussbestimmungen zwischen Deutschland und Rumänien in Kraft getreten. Abgesehen von Rumänien ist der Friedensvertrag bekanntlich zwischen Deutschland einerseits und dem Britischen Reich, Frankreich, Italien, Japan, Belgien, Dänemark, Brasilien, Guatemala, Peru, Polen, Slawen, der Tschecho-Slowakei, Uruguay, Cuba, dem serbisch-kroatisch-slowenischen Staate, Griechenland, Portugal, Haiti und Liberia andererseits in Kraft getreten.

Reichskanzler und Außenminister im Rheinlande.

In Düsseldorf sprachen am Sonntag vor den Bürgern Düsseldorf aus allen Parteien Reichskanzler Fehrenbach und Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons. Der Reichskanzler wies darauf hin, daß der Zweck der Reise in erster Linie sei, seitens der Reichsregierung Fühlung mit dem Rheinland und seiner Bevölkerung zu nehmen und aus der Aussprache mit den rheinischen Vertretern Mut für die weitere Betätigung an der Regierung zu gewinnen. In erster Linie wies er auf die Erfüllung der Kohlenverpflichtungen hin und dankte den Bergarbeitern, daß sie sich in dieser Sache für den Dienst des allgemeinen Vaterlandes vorbildlich eingesetzt hätten. Ihnen sei die Abwehr schwerer Gefahr zu danken. Der Reichskanzler gedachte der Einschränkungen, die die Kohlenabgabe der Industrie und den Haushaltungen auferlege und betonte die Notwendigkeit, im Interesse des großen Ganzen diese Opfer zu bringen. Der Reichskanzler wies dann auf die fortwährende Drohung unserer Gegner mit dem Einmarsch hin. Er betonte, daß mit dieser Drohung auch die Entente keineswegs geschützt werde. Unter stürmischem Beifall der Versammlung sagte er: Unsere früheren Feinde müßten sich nicht darüber täuschen, daß sie jene Gefahr nicht so leicht in die Wirklichkeit würden umlegen können. Das deutsche Volk habe im Laufe der Jahrhunderte sich immer wieder emporgearbeitet. Er glaube fest daran, daß auch diesmal unsere Nachkommen einen schönen Tag des Friedens und der Sicherheit ohne jede militärische Eröberung erleben würden.

Darauf ergiff der Minister des Auswärtigen, Dr. Simons, das Wort. Auch er wies auf die Härte hin, die gerade für Düsseldorf mehr noch wie für manche andere Stadt, die ganz im besetzten Gebiete liege, aus dem Friedensvertrag und seinen Folgen entspringe. Selbst die Hoffnung, die wir an die Durchführung des uns so belastenden Kohlenabkommens von Spaa knüpfen konnten, daß uns die zugesicherte Goldprämie von 5 Mark für die Sonne und der Vorkauf in Höhe der Differenz zwischen Inlands- und Weltmarktpreis für die Lebensmittelerzeugung für die deutsche Bevölkerung und insbesondere der Bergarbeiter zur Verfügung stehen sollte, ist zunichte geworden, weil andere finanzielle Verpflichtungen des Friedensvertrages eine solche Verwendung verhinderten. Nicht nur aber, daß diese einzige Hoffnung von Spaa nicht verwirklicht sei, so ergeben sich ernste Sorgen für die Kohlenbelieferung der deutschen Industrie und Haushaltungen. Der Minister wies darauf hin, daß auf Deutschland ein doppelter Druck lasse, ein wirtschaftlicher und ein seelischer. So lange dieser nicht vom

Lande genommen sei, sei eine Steigerung seiner Leistungsfähigkeit nicht zu verlangen. Der Druck bestände zunächst darin, daß wir noch immer nicht wüßten, wieviel Lasten in dem Friedensvertrag zu erfüllen und ob die von uns geforderten auch erfüllbar seien. Ein weiterer Druck bestiehe in der dauernden Drohung mit dem Einmarsch in die bisher unbefetzten Gebiete. Der Redner betonte, daß die Einladung nach Brüssel zwar noch nicht eingegangen sei, von ihm jedoch in der nächsten Zeit erwartet werde. Die Aufgaben von Brüssel müssen darin gesehen werden, dort die Voraussetzungen klarzulegen, auf Grund deren überhaupt nur von deutscher Seite ein Verpflichtungsangebot in der Weitergutmachungsfrage abgegeben werden könne. Die Voraussetzungen seien dreifach, 1. daß Deutschland seinen Wirtschaftskörper nicht weiter verkleinere, also besonders die uns Oberbeschlenen nicht genommen werde, 2. indem wir nicht länger in unserer wirtschaftlichen Verteidigung in der Welt behindert werden und 3. daß die ungeheuren Kosten für die Befegung verringert würden. Der Reichsminister sprach die Hoffnung aus, daß Brüssel Voraussetzungen schaffen werde, die allein in Genuß ein Ergebnis zeitigen können, und betonte, daß Deutschland lieber fortdauernde Unsicherheit als die Bindung für Verpflichtungen unmöglicher Leistungen auf sich nehme.

Am 16. November. Der Reichskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen sind heute nachmittag gegen 5 Uhr in Baden eingelassen. Nach Empfang auf dem Bahnhof durch den Oberbürgermeister und andere Herren ging es zum Rathaus, wo sie die Vorstellung der Delegierten und Fraktionsführer der Stadtverordnetenversammlung entgegennahmen. Hieran schloß sich ein Besuch der Technischen Hochschule. Weiterhin begaben sich die Minister nach dem Neuen Rathaus, wo Oberbürgermeister Farwick die Vertreter des Reiches willkommen hieß. Reichskanzler Fehrenbach bezeichnete in seiner Antwort den Besuch Rheinscheid als einen würdigen Abschluß seiner Rheinschicht, auf der er sich von der Treue zum Vaterlande habe überzeugen können. Er gab die Versicherung, daß, was an der Regierung liege, getan werden solle, um diesen äußersten und gefährdeten Gebieten des Deutschen Reiches Hilfe und Schutz zu gewähren.

Nach dem Reichskanzler hob Reichsminister Dr. Simons zunächst den tiefen Eindruck hervor, den der Besuch des altbewährten Ministers und Kaisersaal auf ihn gemacht habe.

Dr. Simons kam auch auf Genuß zu sprechen und führte Folgendes aus:

Wir gehörten nicht zu der geladenen Völkerbundversammlung in Genuß und hätten auch keinen Antrag auf Aufnahme gestellt. Wir wollen nicht hinein, solange wir nicht auf der Gegenseite den Wunsch sehen, uns als Gleichberechtigte aufzunehmen. Man dränge sich nicht in eine Gesellschaft hinein, in der sich Leute befinden, die öffentlich erklären, daß sie hinausgehen würden, wenn andere hineinkämen.

Der Redner schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß einst nicht nur vom besetzten und unbefetzten Gebiet gesprochen werde, sondern daß die Völker Europas auf der Grundlage gegenseitiger Verständigung zusammenarbeiten würden.

Mit Worten herzlichsten Dankes schloß der Oberbürgermeister die weisevolle Versammlung. Nach einem Abendessen im Hotel Quellenhof beabsichtigten die Minister, die Mittelreise nach Köln anzutreten.

Am 16. November. Reichskanzler Fehrenbach und Ministerpräsident Simons sprachen

gestern im Bürger-Saal vor etwa 1500 Vertretern aller Volkstresse. Reichskanzler Fehrenbach schilderte die Leiden, die das Kohlenabkommen von Spaa über uns gebracht hat. Die Regierung ging darauf ein, um den Gegnern die Ueberzeugung unseres Willens beizubringen. Den Krieg habe weder das deutsche Volk, noch das deutsche Heer, noch der deutsche Kaiser gewollt. Unseren Teil an der Schuld am Kriege wollen wir tragen, ebenso sollten unsere Gegner dies tun. Wir hoffen auf eine Revision des Friedensvertrages.

Die Eröffnungssitzung der Völkerbundstaaten.

In der Eröffnungssitzung der Völkerbundstaaten am Montag hieß Bundespräsident Motta die Versammlung namens des Schweizer Volkes und der Schweizer Regierung willkommen. Darauf richtete Motta eine Dankesbotschaft an den Präsidenten Wilson (!) für die Einberufung der Völkerbundsversammlung nach Genuß. Die erste Völkerbundsversammlung, so führte er weiter aus, dürfe nicht auseinandergehen, ohne einen rühmlichen, internationalen Gerichtshof geschaffen zu haben, welcher der friedlichen Lösung von Streitigkeiten zwischen den Staaten dienen solle. Motta sprach sodann von den Aufgaben des Völkerbundes zur Lösung des Problems des finanziellen Wiederaufbaus, namentlich der Arbeitsfrage. Es ist unbestreitbar, daß die Staaten auch fernerhin sich unter die erdrückenden Kosten militärischer Ausgaben beugen. Die Lehren des Krieges würden nicht vergeblich sein. Auch dürften die Staaten sich nicht durch wirtschaftliche Schutzgollschranken gegenseitig absperren. Diejenigen Länder, die Kohle, Eisen und anderes fördern, dürfen keine Monopole dafür errichten, sondern müssen anderen Ländern abgeben. Motta feierte zum Schluß die Demokratie und erklärte, daß die Demokratie ihre Hauptaufgabe in der Erziehung der Völker sehen müsse.

Die Völkerbundsversammlung wählte dann mit 35 von 41 Stimmen den belgischen Delegierten Hymans zum Präsidenten. Hymans erklärte, daß, wenn es den Genfer Verhandlungen gelang, für eine Annäherung der Staaten die Wege zu ebnen, ein guter Schritt vorwärts getan sei für eine bessere Zukunft der Völker.

In der Nachmittagsitzung der Völkerbundsversammlung wurde auf Vorschlag der britischen Delegation beschlossen, dem Präsidenten Wilson ein Telegramm zu senden mit dem Wunsch auf baldige vollständige Genesung. Nach längerer Debatte wurde der Antrag des Präsidenten angenommen, die auf der Tagesordnung vorgesehenen Geschäfte an sechs Kommissionen zur Verarbeitung zu überweisen.

Am 15. November. Das Staatsdepartement zu Washington hat beschlossen, daß die Vereinigten Staaten in Genuß nicht vertreten sein werden.

Deutschland und der Völkerbund.

Genuß, 16. November. Ein Haasokorrepondent hat erfahren, daß Frankreich und England sich einig sind, die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund nicht zu verhindern. Demgegenüber steht fest, daß Deutschland nicht die Absicht hat, einen Antrag auf Zulassung zum Völkerbund zu stellen.

In der Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund hat Frankreich die Zustimmung erhalten, daß England nichts ohne Frankreich unternehmen will.

Landtagswahl 20. Februar.

Berlin, 17. November. Der Vorkonvent der Preussischen Landesversammlung hat einstimmig beschlossen, dem Hause den 20. Februar 1921 als Tag der Neuwahlen vorzuschlagen.

Die sächsischen Landtagswahlen.

Die Wahlen in Sachsen haben einen gewaltigen Aufbruch gebracht. Die sozialistischen Parteien haben gegenüber den Wahlen am 6. Juni zusammen nicht weniger als 700 000 Stimmen eingebüßt, wovon allerdings die Unabhängigen (beide Richtungen zusammen genommen) den Hauptverlust zu tragen haben. Bemerkenswert ist, daß trotz der Wahlmüdigkeit alle größeren Städte Sachsens, die bisher sozialistische Mehrheiten hatten, außer Chemnitz und Zwickau, überwiegend bürgerlich gewählt haben, so z. B. Leipzig, Dresden, Plauen, Freiberg, Ritzau, Bautzen. Das Gesamtergebnis für Sachsen ist eine knappe sozialistische Mehrheit. Die Linksparteien erhalten 50 Mandate, während den Bürgerlichen 46 zufallen. Es erhalten: die Mehrheitssozialisten 26, bisher 42, die Unabhängigen 16, bisher 15, die Kommunisten und Linksunabhängigen 8, bisher 10, die Deutschdemokratische Partei 7, bisher 22, die Deutsche Volkspartei 18, bisher 4, die Deutschnationalen 20, bisher 13, Zentrum 1, bisher 0 Mandate.

Der alte Landtag bestand aus 42 Sozialdemokraten, 22 Demokraten, 15 Unabhängigen, 13 Deutschnationalen und 4 Deutschen Volkspartei.

Die deutsche Mark steigt!

Düsseldorf, 18. November. Die Mark steigt an den holländischen Börsen. Der Stand in Rotterdam war am Mittwoch 4,65 Gulden.

Koenigliche Erkrankung der Kaiserin.

Haag, 18. November. Infolge des sehr besorgniserregenden Befindens der deutschen Kaiserin ist der Kronprinz von Wieringen nach Doorn abgefahren.

Warschau, 18. November. Nach einer Mitteilung aus der Umgebung ist das Befinden der Kaiserin in letzter Zeit durch große Müdigkeit u. Appetitlosigkeit ungünstiger geworden, wenn auch die Herzaktivität sich auf befriedigender Höhe erhalten hat.

Der große polnisch-russische

Entscheidungs-Kampf.

Warschau, 18. November. Nach Meldungen des Sonderkorrespondenten der Duna in Kowno erwartet man allgemein für das Frühjahr den großen polnisch-russischen Entscheidungskampf.

Neue Angriffsabsichten der Russen.

Genf, 17. November. Der „Temps“ meldet aus Riga: Die russischen Diversionen bereiten in allen Gesprächen mit einem neuen Angriff auf Polen vor. Die günstige militärische Lage an der Drangsalfront wirkt gegen Polen zurück. Hoffe reißt Donnerstag mittig nach Moskau.

Wrangels Niederlage.

Warschau, 18. November. Wie wir aus polnischen Kreisen erfahren, trifft die Nachricht zu, daß die Majorität der Armee Wrangels sich in der Krim ergeben hat. Wrangel ist mit einem Teil des Materials auf einem Entenschiiff geflohen. Drei weitere Transportschiffe mit 20 000 Soldaten und ein Schiff mit Verwundeten sind mit unbekannter Bestimmung ins Meer gegangen. Die Trümmer des Wrangelschen Heeres leisteten heldenmütigen Widerstand. Die Lage war jedoch unpolierbar. Viele Offiziere haben sich erschossen, um der roten Armee nicht in die Hände zu fallen. Man erwartet in Konstantinopel das Eintreffen von 25 000 Soldatinnen. Auch Sebastopol wurde von den roten Truppen am 15. November Eimferopol und Fiddofia besetzt. Andrenny's Reiterkorps hat den stehenden Feind umzingelt und den größten Teil gefangen genommen.

Das französische Ministerium des Auswärtigen teilt mit, daß die Wissenschaftler Sebastopol genommen haben. Eine große Menge Munition fiel ihnen in die Hände. Die Zahl der Gefangenen wird auf 150-200 000 geschätzt.

Oberschlesien.

Die Gefährdung Oberschlesiens.

Ueber polnische Truppenaufmärsche in der Nähe der ober-schlesischen Grenze wird gemeldet, daß bei zuständigen Stellen in Berlin Meldungen der gleichen Art eingegangen sind, in denen von starken Truppenansammlungen in der Gegend von Czestochowa berichtet worden ist. Vonseiten des Auswärtigen Amtes ist in London, Rom und Paris auf diese Nachricht hingewiesen worden. Es ist um Prüfung der Nachrichten ersucht worden.

Vorsorge für die Abstimmungsreise.

W.S.D. berichtet aus Berlin: Der Deutsche Schutzbund teilt mit: Die Sonderzüge, die die stimmberechtigten Oberschlesier aus dem Reichs in das Abstimmungsgebiet bringen, werden gehegt sein. Um eine gute Behergung unter allen Umständen sicherzustellen, werden die

Sonderzüge mit Holzwagen versehen werden. Die Züge fahren mit einer Geschwindigkeit von 60 Kilometer in der Stunde, also annähernd mit D-Zug-Geschwindigkeit. Für alte und kränkelnde oder kriegsbeschädigte Stimmberechtigte stehen Wagen 2. Klasse zur Verfügung. Alle Vorbereitungen für die Reise und Unterbringung der Stimmberechtigten sind so getroffen, daß niemand von der Teilnahme an der Volksabstimmung zurückzusehen braucht, selbst wenn der Termin in die kältesten Wintertage fällt.

Der Abstimmungsstermin.

Berlin, 17. November. Die deutsche Regierung hat beim Vorkosterrat dagegen Einspruch erhoben, daß in polnischen Zeitungen unter Berufung auf Mitteilung des Vorkosterrats bereits sichere Nachrichten über die Festsetzung eines bestimmten Termins für die ober-schlesische Abstimmung enthalten sind, die der deutschen Regierung bisher vorenthalten wurden. Die deutsche Regierung hat deshalb um Aufklärung ersucht, inwieweit die Meldung polnischer Blätter zutreffend ist, und eine möglichst baldige Bekanntgabe des genannten Abstimmungsstermins verlangt.

Annexie in Oberschlesien.

Oppeln, 17. November. Die Interalliierte Kommission hat für die im Abstimmungsgebiet wohnhaften Personen eine Annexie erlassen, welche umfasst: 1. allgemeine Vergehen, strafbar nach §§ 103 a, 110, 116, 126, 127, 130, 131, 132 und 135 des Strafgesetzbuches, 2. Vergehen im Zusammenhang mit dem Nationalitätenkampf oder wirtschaftlichen Kampf der Gesellschaftsklassen nach §§ 123, 139, 185, 241, 113 (Widerstand gegen die Staatsgewalt), 115 (Anstiftung unter Ausschluss der Anführer), 124 e (Hausfriedensbruch), begangen durch Zusammenrotteln von Menschen, 3. strafbare Handlungen gegen die Wehrverpflichtung und patriotische Pflichten.

Das Selbständigkeitsgesetz für Oberschlesien.

In der Plenarsitzung des Reichsrats in Berlin ist einstimmig der Beschlus gefasst über die Bildung eines

Landes Oberschlesien

genehmigt worden. Er hat folgenden Wortlaut: Der Reichsrat hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit der Sitzung des Reichstages hiermit verkündet wird:

Artikel 167 der Reichsverfassung erhält folgende Abfolge 2 und 3:

In der preussischen Provinz Oberschlesien findet innerhalb zweier Monate, nachdem die deutschen Behörden die Bewilligung des 3. Absatzes Schließes wieder übernommen haben, eine Abstimmung nach Artikel 28/18, Absatz 4, Absatz 1 und Absatz 5 darüber statt, ob ein Land Oberschlesien gebildet werden soll. Wird die Frage bejaht, so ist das Land unabhängig eingerichtet, ohne daß es eines weiteren Reichsgesetzes bedarf. Dabei gelten folgende Bestimmungen:

1. Es ist eine Landesversammlung zu wählen, die binnen 3 Monaten nach der amtlichen Festsetzung des Abstimmungsergebnisses zur Einsetzung der Landesregierung und zur Beschließung über die Landesverfassung einberufen ist. Der Reichspräsident erläßt die Wahlordnung nach dem Grundgesetz des Reichswahlgesetzes und bestimmt den Wahltag.

2. Der Reichspräsident bestimmt im Einvernehmen mit der ober-schlesischen Landesversammlung, wann das Land als eingerichtet gilt.

3. Die ober-schlesische Staatsangehörigkeit erwerben:

- a) die volljährigen Reichsangehörigen, die am Tage der Einrichtung des Landes Oberschlesien (Nr. 2) in seinem Gebiete Wohnhaft oder ständlich Aufenthalt haben, mit diesem Tage;
- b) sonstige volljährige preussische Staatsangehörige, die im Gebiete der Provinz Oberschlesien geboren sind und innerhalb eines Jahres nach Einrichtung des Landes (Nr. 2) der Landesregierung erklären, daß sie die ober-schlesische Staatsangehörigkeit erwerben wollen, am Tage des Einganges dieser Erklärung;
- c) alle Reichsangehörigen, die durch Geburt, Legitimation oder Ehe-schließung der Staatsangehörigkeit einer unter a) und b) bezeichneten Personen folgen.

Das Gesetz geht in diesem Wortlaut dem Reichstage unverzüglich zur Beschließung zu. Dem Entwurf dieses Gesetzes über Oberschlesien ist folgende

allgemeine Begründung beigegeben: Die in sprachlicher und wirtschaftlicher Beziehung besonders gearteten Verhältnisse in Oberschlesien haben im Oktober 1919 die preussische Regierung und Landesversammlung zu einer Teilung der Provinz Schlesien schon bestimmt, bevor auf Grund des Friedens-

vertrages der größte Teil der unannehmligen Provinz Oberschlesien befreit worden ist. Diese Befreiung hat die Durchführung der Umbildung Oberschlesiens zu einer preussischen Provinz unterbrochen. Nach sorgfältiger Beobachtung der Reichsregierung und nach der übereinstimmenden Überzeugung legen weite Kreise der dortigen Bevölkerung Wert darauf, die Sicherheit zu erlangen, daß das ihnen verfassungsgemäß in Aussicht gestellte Recht gemäß Artikel 18 der Reichsverfassung über die Art ihrer Eingliederung in das Reich selbst zu entscheiden ihnen nicht etwa verweigert werden wird, bis das Verbleiben Oberschlesiens beim Reich entschieden sein wird. Die Reichsregierung erachtet es daher als ihre Pflicht, die Volksgenossen Oberschlesiens von diesem Zweifel zu befreien. Nach Ausübung der Befreiung und nach Ablauf der Spruchfrist gemäß Artikel 167 der Reichsverfassung für die Volksabstimmung über die Neubildung deutscher Länder würde die Bevölkerung Oberschlesiens ohnehin berechtigt sein, nach den Bestimmungen des Artikels 18, Absatz 4, darüber abzustimmen, ob Oberschlesien ein selbständiges Land im Rahmen des Reiches werden soll. Im Hinblick auf die mehr als 700jährige Kulturgemeinschaft Oberschlesiens mit dem Deutschen Reich trägt die Reichsregierung keine Bedenken, diese bedeutsame Geschiebung ausschließlich und entgeltlich in die Hand der ober-schlesischen Bevölkerung selbst zu legen. Sie will hier durch den Beschlus in unmittelbarer Form die Möglichkeit bieten, das Höchstmaß von Selbständigkeit und Selbstbestimmungsrecht für sich in Anspruch zu nehmen, das nach der Reichsverfassung zugestanden werden kann. Schon jetzt soll, obwohl eine Befragung der Bevölkerung über ihre Wünsche infolge der Befreiung Oberschlesiens nicht stattfinden kann, jeder Zweifel darüber beseitigt werden, welche Stellung Oberschlesien in der Selbstbestimmung und Verwaltung einnehmen wird. Aus diesem Grunde hat sich die Reichsregierung zur Vorlage dieses die Verfassung ändernden Gesetzes entschlossen. Die Aenderung der Reichsverfassung, die dieses Gesetz mit sich bringt, beschränkt sich darauf, daß in der Reichsverfassung zur Sanktionierung vorgezeichnete Reichsgesetze unter Verzicht auf das Volksgesetz vorwegzunehmen. Diese Bestimmungen sind bedingt durch die besonderen Verhältnisse des befreiten, ohnehin eines mit lebhafter Agitation verbundenen Volksabstimmung unterworfenen Gebietes und können keinen Anlaß bieten von einer wohlwollenderen Bestimmung des Artikels 18 auch für andere Landesteile abzusehen.

Totales u. Provinzielles.

Sobran O.S. den 19. November 1920.

§ (Kirchenvisitation.) Morgen Sonntag den 20. d. M. findet nach mehrjähriger Pause wieder die ordentliche Kirchenvisitation der katholischen Pfarrikreie hierorts durch den Vorstehenden des Archipresbyterats Sobran, Herrn Erzpriester S. o. h. Pawlowich statt.

§ (Vom Verbandsheimatlicher Oberschlesier) sind durch die diesige Ortsgruppe (Deutscher Volksverein) etwa 40 Kriegervitwen und Wälder gefallener Krieger mit namhaften Geldbeträgen unterstützt worden, die heute zur Auszahlung gelangt sind.

§ (Der Deutsche Ost- und Fortbewandlungs-Bund), Kreisverein Plesz Nymna, hielt heute vormittag in Plesz's Hotel hierorts eine Monats-Versammlung ab. Herr Gitterdirektor Wulke-Nymna, Vertreter des Reichsverbandes der land- und forstwirtschaftlichen Fach- und Körperchaftsbeamten, sprach über die Ziele des Verbandes.

§ (Personentarifverhöhung.) Am Freitag tritt im Verkehrsministerium in Berlin eine Konferenz zusammen, die sich mit der Frage der neuen Tarifverhöhung auf den Reichsbahnbahnen beschäftigen wird. Das Verkehrsministerium drängt auf schleunigste Erledigung dieser Angelegenheit. Wie verlautet, kommt eine 50prozentige Erhöhung der Personentaxe in Frage.

§ (Revision gegen das Urteil im Prozeß Dr. Potempa.) Gegen das Urteil des Landgerichtes Glatz im Prozeß Dr. Potempa, welches bekanntlich auf 1 Jahr Gefängnis und 150 Mark Geldstrafe lautet, haben der Staatsanwalt und Dr. Potempa Revision beim Reichsgericht eingeleitet.

§ (Die Heimatvereine für die bundesstaatliche Autonomie Oberschlesiens.) In der letzten Kreisratsitzung des Verbandes Heimatvereine Oberschlesien in Breslau wurde auch offiziell über die bundesstaatliche Autonomie Oberschlesiens debattiert. Es wurde festgestellt, daß alle Kreisleiter sich einstimmig für den bundesstaatlichen Gedanken ausgesprochen haben.

Der Verband erkennt, nachdem die Bundesstaatliche Autonomie Oberösterreichs abgelehnt ist, es als seine Pflicht an, sich auch offiziell und bloß auf diesen Standpunkt zu stellen und sich mit aller Kraft dafür einzusetzen. Damit ist einem Agitationsstoff der polnischen Presse gegen die vereinigte Verbände-Hilfskommission Oberösterreich wegen ihrer angeblich feindsüchtigen Haltung in der Autonomietrage der Boden abgegraben worden.

„Oberschlesien“
Wähler bei der geheimen Abstimmung:
Hunger und Willkürherrschaft in Polen,
Wiederanbau in Deutschland.

„(Gehebt von Gneszowen heimgekommen.) Ein unglückliches Ende erlitt eine, von Herrn Piarrer D. geleitete Wallfahrt nach Gneszowen. Man hatte sich dazu die angestrichelte Zeit angewählt. Es lobte gerade in Polen der Eisenbahner streik wegen des Lebensmittelmangels und der hohen Preise. Als die Wallfahrer in Gneszowen ankamen, wandte sich die angetragene Sendekraut sofort in schärfster Dürre gegen sie. Es hieß: „Wir haben selber nichts zu fr. . . und ihr kommt nur, um alles wegzur. . .“ Und gibt man, um Euch zu locken und uns läßt man hungern. Mit diesen Worten wurden die Wallfahrer wieder hinausgeworfen. Bei Nacht und Nebel suchten sie Gneszowen verlassen, um der erregten Bevölkerung zu entgehen. Trotz des Verbotes des Piarrers, von der verunglückten Wallfahrt der Groß-Steinhilger Brückenkranz zu erzählen, kam der Vorfall in die Öffentlichkeit und trotz des bösen Ausgangs der Wallfahrt hatte sie doch einen sehr guten Erfolg, denn viele von den Teilnehmerinnen an dieser Wallfahrt erklärten, für immer von ihrer Vorliebe für Polen abzuheben zu sein. — Von einer verunglückten Wallfahrt brachte ein kleiner Schüler aus Groß-Steinhilger einen kleinen Blechbehälter zurück, der beim ersten Gebrauch aufeinander st. Unerwarteterweise erzählt die Geschichte, daß der Vater dieses „Führer“ aus Gneszowen mitgebracht habe und daß er dafür in Gneszowen 5 Mark ausgegeben habe. Das Blechding hatte einen realen Wert von nicht einmal 50 Wg., auch ein Beweis dafür, wie billig und gut man in Polen einkaufen kann.

„(Großer Waffensfund in Bistritz, Kreis Rybnitz.) Auf Anordnung des Kreis-Kontrollors wurde am Sonntag beim Gutsbesitzer G. in Bistritz eine Durchsuchung nach Waffen von 14 Waffensachverständigen durchgeführt unter Führung des Kreis-Kontrollors vorgenommen. Im Gutsbesitzer und in der Waffensammlung waren keine Waffen vorhanden. Nach dreistündiger Suche fand man westlich des Gutsbesitzers auf dem Felde vergraben 26 Gewehre Modell 98, 1 komplettes letztes Nachschlagsgewehr, 4 Munitionskisten mit gepulverten Patronen für 4000 Schuß, 2 Munitionskisten mit 1000 Schuß Patronen, 100 Schuß Patronen mit 1000 Schuß Patronen, 100 Schuß Patronen mit 1000 Schuß Patronen, 100 Schuß Patronen mit 1000 Schuß Patronen. Die Waffen wurden beschlagnahmt, per Auto nach Rybnitz überführt und dem Kreis-Kontrollor zur weiteren Veranlassung übergeben. — Der Gutsbesitzer G. bzw. dessen Sohn bekräftigen, von dem Waffenschatz der Waffen Kenntnis gehabt zu haben.

„(Weiterer Waffenschatz.) 12 Brände der 6. Hundertschaft Rybnitz suchten in Niedermarklitz bei Borslitz eine Waffensammlung bei dem Häusler Blagel vor und beschlagnahmten einen Karabiner Modell 88 mit 14 Patronen, 1 Leuchtpistole, 4 Gewehrpatronen und 7 Zylinder, dazu eine Sprengpatrone. Die Waffen wurden ebenfalls dem Kreis-Kontrollor in Rybnitz ausgeliefert.

„(Geheeres.) Edison konstruiert einen elektrischen Apparat, der eine Verbindung mit dem Gehirn der Befehlsgeber ermöglicht, berichtet recht ausführlich die amerikanische W. F. Welche wunderbare Ausfinden eröffnen sich der Menschheit! — Dem Wölferbund ist beifolgende die Aufschaffung eines solchen Apparates VII. Aber die Wirkung des Wölferbundes zu fragen. Auf die Antwort darf man mit Recht gespannt sein.

„(Guerre, die Feuerwehre!) In Düsseldorf hat sich eine Geschichte zugezogen, die sich wie ein ergötzlicher Scherz ausnimmt, gleichwohl aber höchstwahrscheinlich wahr ist. Als die Feuerwehr in Reuß eine dort ausgebrochene Groß-Feuer nicht Herr zu werden vermochte, delegierte sie nach Düsseldorf, von wo man sogleich einen Motorlöschzug entsandte. Als er die Motorlöschzüge zwischen Düsseldorf und Reuß passierte, brach sich folgendes: Die belgische Brückenbesatzung warf die Gewehre weg und stand, einschließlich des beschriebenen

Dienstes mit „Garde hoch“ dienstleistungsfähiglos — zum Vergleichen der Einwohner. Und diese Zeit, die uns in dieser traurigen Zeit so wohl tut, wird sich aber das ganze Land ausbreiten. Man läßt in dem Bewußtsein, daß selbst die Hindernisse auf deutschem Boden immanen eines entrückten und wehrlos gemachten Volkes hundert Armeen immer noch von der alten Angst vor deutscher W-Brücklichkeit erfüllt sind und daß nur die deutsche Feuerwehre aufzuräumen braucht, um die Flut das Gefahrenpaar zu lassen. — Wegen die deutschen Zeitungen im deutschen Gebiet, die diesen Vorgang berichteten, wurden natürlich drakonische Maßnahmen angewandt. Der Kommandant des Regs aber erhielt seine Abfertigung, der W-Brückendienst wurde b-gradiert und 26 Mann schwer bestraft.

„(Die W-Brückendienst im Schwedischer Keller.) Die W-Brückendienst am Eingang des Schwedischer Kellers in Breslau soll wieder vermietet werden, nachdem sie jahrelang verschlossen gewesen war. Denn jetzt gibt es ja endlich wieder W-Brücken. Die Vermietung soll vom 1. Januar 1921 ab erfolgen. Es dürfen nur W-Brücken und Bodentüren in der Nähe verkauft werden. Der Magistrat fordert so Angebote bis zum 30. November an. Die Höhe hat bekanntlich schon im Frühsommer für unsere früheren Verhältnisse geradezu phantastischen Wert erreicht. Wie hoch wird der erst heute werden!

„(Ueber eine neue Verwendung eines Postboten) wird aus Krakau berichtet: Am Sonntag mittag, kurz nach 1 Uhr, wurde der Postbote von Krakau, ungefähr 100 Meter vom Bahnhof entfernt, aberfallen, und ihm zwei Postbeutel mit etwa 40000 Mark Tabak u. a. geraubt.

„(Zum Kapitel „Verleumdung.“) Das Bund-Magazin, das nach Aufhebung der Zwangsabrechnung mit 11.500 Mark im Kleinhandel verkauft wurde, kostet jetzt noch wenigstens 100000 Mark.

„(Kandidatentum am der Grenze.) Am 7. November, abends 8 Uhr, erschienen 6 Männer, deren Gesichter mit Tüchern bedeckt waren, bei einem Bierhändler in Bilgramsdorf. Während 2 Mann der Bande vor dem Hause Wache hielten, durchsuchten die übrigen 4 die ganze Räumlichkeit und nahmen 100000 M. Geld mit. Die Räuber entkamen unerkannt. Es wurde bemerkt, daß die Banditen sich in der Richtung nach der polnischen Grenze zu verhalten. Anzeichen wurden die Grenzposten, die in der Nähe des zu dem Gute Bilgramsdorf gehörenden W-Brücken standen wurden, auch von dieser Bande zurückgelassen.

„(Zuchthausstrafen für Wucherer.) Aus Berlin wird gemeldet: Die die Wuchererstrafe erhöht, ist von der Regierung ein Gesetzentwurf fertiggestellt worden, durch den die Strafen für Scheinheben, Preisstreben und verbottene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände wesentlich vergrößert werden sollen. Für besonders schwere Fälle der bezüglichen Arten sollen Zuchthausstrafen bis 15 Jahren neben hohen Geldstrafen verhängt werden. Auch sollen die Nebenstrafen erheblich vergrößert werden.

Rybnitz, 15. November. (Entlassungszugänge.) Alle vollst. Militärpersonen, die vom 1. Juli 1916 ab bis jetzt als Militärentw. empfänger zur Entlassung gekommen sind und zu ihrem Entlassungszugänge noch keine Wäsche und Stiefel oder die Geldentschädigung hierfür erhalten haben, können diese Entsch. in der Zeit vom 20. bis 30. November, vormittags von 8 bis 12 Uhr, im Versorgungsamt, Zimmer Nr. 12, abholen. Gleichzeitig hat das Versorgungsamt etw. Entsch. zugewiesen erhalten, die solange der Vorrat reicht an die Entschädigten (Entsch. empfänger von einschließlich 50 bis 100 Proz. Entschädigungsfähigkeit, die ab 1. Juli 1916 entlassen sind) zur Ausgabe gelangen. Suche um Bewilligung der vorbestimmten Entsch. von den Entschädigten auch schriftlich hier antragbar werden, bis spätestens 30. 11. 1920. Vorlage der Militärpapiere (Militärbuch und Entlassungsschein) und des Militärbuches ist unbedingt erforderlich. Ohne diese Unterlagen kann eine Ausgabe der Entschädigung nicht erfolgen.

Katibor, 15. Nov. mber. In Odrau, Kr. Ratibor wurde eine Versammlung der Gemeinderäte durch 50 Soldaten gesprengt. Dabei wurden der Schriftführer Kaleski und der Herr Dama lebensgefährlich verletzt.

Gleiwitz, 15. November. Der Wirtschaftsaussch. des Dominiums Groß-Dubrawo wurde von einer Bande erschossen und der Brenneisenwalter Stegmann von dieser so schwer verletzt, daß er starb.

Königsbrunn, 15. November. (Käuflicher Überfall.) Am Montag abend kurz

vor Geschäftsschluss waren mehrere mit Revolvern bewaffnete Banditen in das Kolonialwarengeschäft von Kama auf der Kaiserstraße eingedrungen. Während einige der Banditen den Geschäftshaber mit den Schusswaffen bedrohten, raubten die anderen die Kassa mit der gesamten Tageslohnung aus. Dann verschwanden die Banditen mit dem Raube, ohne daß einer von ihnen erkannt worden wäre.

Oppers, 15. November. Ein dreifacher Diebstahl wurde an einem der letzten Abende an der Heßigen Synagoge ausgeführt. Ein Dieb war von außen bis auf die Kuppel geklettert und hat dort den vergoldeten Stern abgestohlen und entwendet.

Oppers, 15. November. Auf der Falkenbergstraße überfuhr ein französischer Automobil am Sonntag einen Arbeiter der Badefabrik Fröbels. Der U-berfahrer war sofort tot. — Ferner verunglückte gleichfalls am 15. 11. 1920 auf einer Automobilfabrik der Regierungsobersekretär Boswals aus Oppers. Auf der Straße zwischen Wischeln und Gutentag raste das Auto gegen einen Baum und wurde vollkommen zertrümmert. Boswals war auf der Stelle tot.

Der Magistrat gibt durch Aushang bekannt: Für die laufende Woche wird gegen Abkühlung der Getreide in den bekannten Fettverkaufsstellen verabfolgt: 60 g Schweinefleisch, Preis 2,30 M. oder pro Pfund 19,20 M. Die Warenabgabe erfolgt von Freitag ab.

Bekanntmachung.

Die jetzt angehängten Anforderungsschreiben des Finanzamts Rybnitz beziehen sich nur auf die vorläufige Reichseinkommensteuer für 1920, welche aus der Staatseinkommensteuer und der Gemeindesteuer für 1919 besteht. Die endgültige Steueranforderung für die Einkommensteuer für das laufende Steuerjahr 1920 nach dem Tarif, 10 Prozent für das erste Einkommen und 15 Prozent für jedes weitere Einkommen, ergibt nicht vor März 1921.

In alle Einkommen, insbesondere an die Beamten, welche bisher das Steuerprivileg hatten, und an alle Lohn- und Gehaltsempfänger geht daher die erneute und wiederholte Aufforderung, mit Rücksicht darauf, daß das Steuerabzugs-Gesetz in Oberschlesien §. 21. noch nicht in Kraft ist, nicht nur die vorläufige Steuer zu entrichten, sondern nunmehr allmonatlich entsprechende à conto-Zahlungen auf die endgültige Steuer zu leisten, damit dann die Nachzahlung für alle 4 Vierteljahre in einer Summe — nämlich mit Zahlung der Veranlagung — nicht als Härte empfunden wird.

Den für das Steuerjahr 1920 zu Realisieren (Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Vertriebssteuer) veranlagten Personen gehen besondere Steuerzettel zu, in denen die vorläufige Reichseinkommensteuer ebenfalls enthalten ist. Zahlungen für die ersten 3 Quartale sind von sämtlichen Steuerpflichtigen alsbald zu entrichten. Barzahlungen werden in der Kammerkasse nur gegen Vorlage der Steuerzettel bzw. von Nichtrealisierpflichtigen gegen Vorlage der vom Finanzamt angefertigten vorläufigen Einkommensteuerfestsetzungsbefehle entgegengenommen.

Sohrau O.S., den 2. November 1920.
Der Magistrat. Diering.

Evang. Gemeinde Sohrau.

Sonntag, den 21. November: Totenfest.
1/2 10 vormittags deutscher, 11 Uhr polnischer Gottesdienst.

Regensburger Marienkalender für das Jahr 1921

Stück 3.50 M. empfiehlt
P. Hunold, Buch- u. Papierhandlung, Sohrau.

In Sohrau gelienes
Haus, Scheune, Stallung und Garten, und 24 Morgen Feld incl. Wiese stehen zum Verkauf. Zu erfragen unter J. K. 6 postlagernd Hultschin.

Ein Lehrling

kann in meiner Buchdruckerei bald oder später eintreten.
P. Hunold.

Goldene Trauringe u. Ohrringe
in jedem Feingehalt sind stets zu haben bei
Engelmann, Sohrau (Rückwegsw.).



Nach Gottes unerforschlichem Ratschluss entschlief sanft in Gott ergeben, nach längerem Krankenlager, mein ianiggelebter, unvergesslicher Gatte, unser guter transorgender Vater

Karl Malisius

im Alter von 68 Jahren.

Ruhe in Gott.

Da scheidet uns zu früh.

Dies zeigen tief betrübt an

Sohrau O.S., den 19. November 1920.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Dienstag, den 23. November, nachmittags 2 Uhr.

Verpachtung.

Am Sonntag, den 21. November d. J., nachmittags 3 Uhr wird im Gasthause des Herrn Guminski zu Kreuzdorf der dortige

Kirchenteich (gen. kościelnok), bestehend aus ca. 10 Morgen Teich- und ca. 42 Morgen Wiesenbenutzung, auf 6 event. 12 Jahre meistbietend verpachtet.

Kreuzdorf, den 15. November 1920.

Der katholische Kirchenvorstand.

Alle diejenigen Frauen und Kinder, die für die Ameriko-Speisung angenommen worden sind und daran noch nicht teilgenommen haben, wollen sich die Ausweisarten (Frauen bei Frau Schleimer, Kinder unter 6 Jahren bei Frau Sunold) bis Montag den 22. d. M. abholen.

Vaterl. Frauen-Verein Sohrau.

Infolge dauernder Steigerung der Kohlenpreise sind wir gezwungen, folgende Preis-erhöhungen vorzunehmen:

Hausbrot à Pfd.	0,15 M.
1 großes Blech Kuchen	1,20 "
1 kleines Blech Kuchen	0,80 "
1 Blech Stollen	1,50 "

Bäckerinnung Sohrau.

Kaufe leere Wein-, Sekt- und Cognac-Flaschen.

Zu erfragen bei
Rudolf Maichrowitz,
Ring.

Weihnachtswunsch.

Ein braunes Mägdelein, einsam und allein,
Wünscht gern einen Männelein,
Er braucht nicht süßlich sein und auch nicht fein,
Über desto süßer müssen seine Lippen sein.
Opferst nur mit Bild, welches zurückgefaßt
wird, unter Nr. 536 postlagernd Sohrau.
Strengste Discretion zugesichert.

H. Schleier Sohrau,

empfiehlt sich zum Abschluß
von
Lebens-, Unfall-, Haftpflicht-,
Feuer-, Einbruch-Diebstahl-
Versicherungen.

Ring 2. Postcheckkonto Breslau 8160.

Deckenrohr

liefert

Julius Dollmann.

Dachpappenfabrik, Kattowitz OS.

Neuemallierungen

an Fahrrädern, Vulkanisierung von Fahrrad-
mänteln. Jedes Loch im Mantel wird mit
neuem Gummi überzogen. Reelle gute
Bedienung.

B. ELIAS, Fahrradhandlung, Sohrau O.-S.

Dankagung.

Der von uns veranstaltete Unterhaltungsabend hat einen recht ansehnlichen Uberschuss erbracht. Unsere Erwartungen sind weit übertroffen worden, und wir sind in der Lage, mit gefüllter Hand Vorkehrungen zu treffen, um bedürftigen Schulkindern, sowie den Armen unserer Stadt eine helle Weihnachtsfreude zu bereiten.

Es ist uns ein Herzensbedürfnis, unseren lieben Mitgliedern, sowie unseren verehrten Freunden und Gönnern aus Stadt und Umgegend für ihre reichen Spenden unseren wärmsten Dank auszusprechen, ebenso den Damen und Herren, welche durch überraschend schöne Vorträge sehr viel zum Gelingen des Festes beigetragen haben. Besonderen Dank auch den jungen Damen für ihre Hilfeleistung bei der Bewirtung unserer Gäste.

Wäge Gott ihnen Allen ein reiches Vergeltet sein und ihnen zunächst ein segnetes, frohes Weihnachtsfest beschicken.

Der Vorstand des Vaterländischen Frauen-Zweigvereins zu Sohrau O.-S.

1a schwarzer Herrenstoff

Mein reinwollenes tiefschwarzes Cheviotmuster 222 ist den besten Großstadtschneidern zur Herstellung von Frack, Schroden, Brautanzügen usw. unentbehrlich geworden. Da Str.-Kammgarn wegen seiner vielfachen Nachteile wie Glänzenderwerden usw. gänzlich aus der Mode gekommen ist, habe ich mich entschlossen, auch kleinere Maße an Private zum Fabrikpreis abzugeben, um dieses Muster, das nachweisbar eines der besten Erzeugnisse der Textilindustrie ist, auch in der Provinz einzuführen. Wollen Sie zur Anschaffung eines feierlichen schwarzen Kleidungsstückes schreiten, so lassen Sie sich kostenlos und ohne Verbindlichkeit dieses Muster kommen. Es ist ein schönes Weihnachtsgeschenk, an dem Sie Jahrzehntlang Ihre Freunde haben können.

Ausnahme-Preis: fest auf ca. vier Wochen pr. mtr. 1,40 m breit M. 160.—

Konrad Machule,

Abteilung: Tuchverfabr., Forst-Bauhof.

Gothaer Lebensversicherungsbank a. G.

Bisher abgeschlossene Versicherungen:

2 Milliarden 800 Millionen Mark.

Alle Überschüsse kommen unverkürzt den Versicherungsnehmern zugute.

Neue vorteilhafte Versicherungsformen, insbesondere

Invaliditätsversicherung,

Gewährung der Versicherungssummen in Renten und die

Mitversicherung ergänzender Witwenrente

ermöglichen denkbar vollkommenste Fürsorge.

Vertreter: Robert Nawroth, Sohrau O.-S.

L. S.

Sonntag, den 21. November 1920:

Zwei große Schlager!

Weltstadtprogramm!

Erster Schlager:

Die Dame im Auto.

Spannendes Detektivschauspiel in 4 Akten
mit Phantomas (Eolf Loer) in der
Hauptrolle.

Zweiter Schlager:

Die Wette um eine Seele.

Ergreifendes Schauspiel in 4-5 Akten.

Sonabend abends 8 Uhr: Probs.

Sonntag anfang 1/2 6 Uhr nachm.
Durchgehende Spielzeit.

Personen unter 16 Jahren haben keinen
Zutritt.

Inseraten-Aannahme bis 12 Uhr mittags.

Kath. Jugendverein.

Sonabend, den 20. November,
abends 8 Uhr:

Sitzung

In der alten Schule Klasse I b. Die Mitglieder werden ersucht, sehr wichtiger Angelegenheiten wegen zahlreich zu erscheinen.

Kaplan Rania, Präses.

Spiel- u. Eislauf-Verein Sohrau

Unser Verein unternimmt am Sonntag, den 21. November einen Ausflug nach Bad Jatzke mb, gemeinschaftlich mit dem Spielverein Koslau. Abfahrt von Sohrau: 3 Uhr nachm. mit der Eisenbahn. Freunde und Gönner werden hierzu höflich eingeladen.

Der Vorstand.

Sattlerarbeit

für 34 Pferde zu vergeben.

Dominium Timmendorf O.-S.

Beabsichtige weggugshalber meine

Möbel zu verkaufen.

Näheres Oberstraße 111.

Seife

Mandelseife Stück 1,75 und 2,00 M.

Sohrau O.S. Ring 128 II.

Gut erhaltene

Singer-Nähmaschine

mit Handkurbel ist zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Bl.